Evgl. Bekenntnissynode im Rheinland

Wuppertal-Barmen, 16. Nov. 1934.

Nur für unsere Mitglieder!

Nicht zur Veröffentlichung!

Stellungnahme zu dem Eingriff des Evg. Konsistoriums der Rheinprovinz in die Rechte des Presbyteriums der Evg. Gemeinde Düsseldorf

Das Düsseldorfer Presbyterium faßte am 12. November 1934 (abends gegen 9 Uhr) folgenden Beschluß:

„Presbyterium erkennt auf Grund der Botschaft der Bekenntnissynode der D.E.K. am 20. Oktober 1934 die Bekenntnissynode der D.E.K. und ihre Organe als die rechtmäßige Leitung der D.E.K. an.

Presbyterium ordnet sich der Freien Evangelischen Synode im Rheinland zu und sieht in dem Bruderrat dieser Synode die Leitung der Evg. Kirche der Rheinprovinz auf Grund des von der Bekenntnissynode vom 20. 10. 34 verkündeten kirchlichen Notrechtes der an Schrift und Bekenntnis gebundenen Gemeinden.“

Darauf erhielt der Vorsitzende des Presbyteriums am nächsten Morgen kurz nach 8 Uhr mit dem Poststempel 0—1 Uhr eine Verfügung des Konsistoriums, in der es heißt:

„Da aus dem Inhalt des Beschlusses hervorgeht, daß das Presbyterium sich auch für die finanzielle Unterstützung der Bekenntnissynode bereithalten und verpflichten will, so wird durch den Beschluß die Erfüllung der auf dem geltenden Rechte der Deutschen Evangelischen Kirche beruhenden gesetzlichen Leistungen der Kirchengemeinden für die höheren Verbände der Deutschen Evangelischen Kirche unter Leitung der Reichskirchenregierung gefährdet.

Zur Sicherung einer gesetzmäßigen Haushaltung der Kirchengemeinde wird zum Kommissar vom Konsistorium auf Grund des Aufsichtsrechtes über die Gemeinden gemäß Artikel 103, 2 Verfassungsurkunde Herr Superintendent Klein ernannt. Er ist als Kommissar des Konsistoriums für das Kassen- und Rechnungswesen der Evg. Kirchengemeinde Düsseldorf verpflichtet, alle zur Sicherung der gesetzmäßigen Haushaltsführung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

I. Das Vorgehen des Konsistoriums ist ein Eingriff in die Rechte und Pflichten des Presbyteriums einer Evangelischen Gemeinde, der jeder Rechtsgrundlage entbehrt.

1. Das Konsistorium begründet seinen Eingriff mit Art. 103 der Verfassung. Dieser Artikel stellt ein Aufsichtsrecht des Konsistoriums über die Gemeinden fest, gibt ihm aber kein Eingriffsrecht. Der Rechtsweg hierfür ist in der Kirchenordnung genau vorgeschrieben. Die Bestellung eines Finanzkommissars für ein Presby-

terium durch unmittelbare Einsetzung des Konsistoriums ist in der Verfassung und Kirchenordnung nirgends vorgesehen.

2. Aus der Verfügung geht nicht hervor, daß das Konsistorium diesen Beschluß kirchenordnungsmäßig gefaßt hat. Die Nachtstunde der Abfassung und die Eile der Erledigung läßt vielmehr vermuten, daß nicht ein rechtmäßiger Beschluß der Behörde vorliegt, sondern die Handlung einzelner Mitglieder der Behörde oder des unterzeichneten Oberkonsistorialrates. Nach der Verfassung entbehrt eine solche Verfügung jeder Rechtswirksamkeit.

3. Selbst wenn ein Beschluß der Behörde dieser Verfügung zu Grunde läge, könnte er nur im Rahmen der konsistorialen Befugnis gefaßt werden. Die Vollmacht, die sich das Konsistorium in der Bestellung eines Finanzkommissars zuspricht, ist verfassungswidrig und daher rechtsunwirksam.

4. Schließlich, wenn das Konsistorium die beanspruchten Befugnisse rechtmäßig inne hätte, so würde auch dann noch die Einsetzung des Kommissars in diesem Falle unmöglich sein, denn die Voraussetzungen, die in der Verfügung für die Einsetzung gemacht werden, sind falsch. Es ist überhaupt kein Beschluß gefaßt worden, Gelder im Widerspruch zu den Gesetzen zu verwenden. Es liegt, wie aus der Verfügung hervorgeht, seitens des Konsistoriums nur eine Vermutung vor, daß die Gelder der Gemeinde unrechtmäßig verwandt werden könnten. Auf Grund einer bloßen Vermutung ist aber die Bestellung eines Kommissars unter allen Umständen ein rechtswidriger Uebergriff.

II. Das Evgl. Konsistorium der Rheinprovinz kann aber überhaupt nicht mehr als ein verfassungsmäßiges Organ der Evangelischen Kirche der altpreussischen Union anerkannt werden. Seine Verfügungen sind daher für die evangelischen Gemeinden der Rheinprovinz ohne rechtliche Wirkung.

1. Am 26. Januar 1934 erließ der preussische Landesbischof Ludwig Müller eine Verordnung zur einheitlichen Führung der Evgl. Kirche der altpreussischen Union. In dieser Verordnung übertrug er die kirchenregimentlichen Befugnisse sämtlicher Behörden und Organe der preussischen Kirche auf sich selbst. Irgend-eine gesetzliche Grundlage für diese Verordnung gibt es nicht. Deshalb haben deutsche Gerichte sie für ungültig erklärt. Sie ist ein rein willkürlicher Akt. Sie steht im offenen Widerspruch zur Verfassung und zu klaren Bestimmungen des Gesetzes, auf das sie sich stützt. Durch diesen Rechtsbruch ist die Rechtsgrundlage der preussischen Kirche zerstört. Die Behörden, die diesem Rechtsbruch nicht widersprochen, sondern ihn unter Verletzung ihrer Amtspflicht anerkannt haben, sind nicht mehr rechtmäßig. Zu ihnen gehört auch das Evgl. Konsistorium der Rheinprovinz.

2. Am 1. März 1934 übertrug der nunmehr mit aller Vollmacht kraft eigenen Machtaktes ausgestattete Landesbischof Ludwig Müller seine „Befugnisse“ auf die Deutsche Evangelische Kirche, d. h. auf den Reichsbischof Ludwig Müller. Hierzu war er weder durch die Reichskirchenverfassung noch durch die preussische Kirchenverfassung irgendwie berechtigt, ganz abgesehen davon, daß er Vollmachten übertrug, die er sich gewaltsam und rechtswidrig angeeignet hatte. Dann erließ der Reichsbischof Ludwig Müller am 2. März ein Kirchengesetz seitens des nicht

verfassungsmäßig zusammengesetzten geistlichen Ministeriums, in welchem die Deutsche Evangelische Kirche die Leitung der preussischen Kirche durch ihre Organe übernahm. Dieses Gesetz ist ein Bruch der Reichskirchenverfassung.

Die Deutsche Evangelische Kirche gliedert sich nach ihrer Verfassung vom 11. Juli 1933 in Kirchen (Landeskirchen). Diese bleiben, wie es ausdrücklich heißt, in Bekenntnis und Kultus selbständig. Darum kann die D. E. K. die Leitung einer Landeskirche nicht übernehmen, da sie dadurch die Organe übernimmt, die für Bekenntnis und Kultus die Verantwortung tragen.

Die Deutsche Evangelische Kirche (bezw. der Reichsbischof) hat durch dieses Gesetz in Bekenntnis und Kultus der preussischen Kirche widerrechtlich eingegriffen, indem sie bezw. er nicht nur die Leitung übernahm, sondern darüber hinaus die verfassungsmäßigen Organe und Behörden der preussischen Kirche auflöste und in ihrem Wesen von Grund auf veränderte. Diese Veränderung erfolgte nicht im Sinne des Bekenntnisses, sondern im Sinne und zugunsten der Deutschen Christen, zur Befestigung ihrer Herrschaft.

3. Die preussische Kirche ist durch diese willkürlichen Akte des Reichs- bezw. Landesbischofs Ludwig Müller im Widerspruch zur Reichskirchenverfassung in der Reichskirche aufgegangen und ihre Verfassung ist aufgehoben. Damit sind alle preussischen Kirchenbehörden und Organe, soweit sie überhaupt noch bestehen und nicht durch Machtpruch des Landesbischofs aufgelöst sind, illegitim, da ihre verfassungsmäßige Rechtsgrundlage zerstört ist. Das Eogl. Konsistorium der Rheinprovinz ist daher ebenso wenig eine rechtmäßige Behörde wie der Provinzialkirchenrat und der Bischof (Landespfarrer) des Bistums Köln-Aachen zu Düsseldorf. Ihre Rechtsakte sind für die in der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung verfaßten Gemeinden nichtig.

III. Das Eogl. Konsistorium der Rheinprovinz ist als eine verfassungswidrige Behörde und Organ der Reichskirchenregierung ein Glied des bekenntniswidrigen Kirchenregiments der Deutschen Christen. Es hat damit jeden kirchlichen Rechtsanspruch verwirkt.

1. Der entscheidende Einwand gegen die Rechtmäßigkeit des gesamten gegenwärtigen Kirchenregiments, das ja bekanntlich völlig unter deutsch-christlicher Herrschaft steht, ist von der Bekenntnis-Grundlage der Evangelischen Kirche zu erheben.

Alles Recht der Kirche gründet sich im Bekenntnis, wird von ihm bestimmt und begrenzt. (Art. 1, Reichskirchenverfassung). Die Verletzung des Bekenntnisses durch Gesetze und Maßnahmen des Kirchenregiments hat die Rechtswirksamkeit dieser Gesetze und Maßnahmen zur Folge. Auch wenn die verfassungsmäßige Legalität des Kirchenregiments außer Zweifel stände, würden seine Gesetze und Maßnahmen, wenn sie bekenntniswiderig sind, nichtig sein.

2. Die Verordnungen, Gesetze und Maßnahmen der Reichskirchenregierung, des Reichsbischofs und seines Rechtswalters sind nun aber nicht nur Rechtsverletzungen und Verfassungsbrüche, sondern heben die Bekenntnisgrundlage der Evangelischen Kirche auf. Das ist in der Dahlemer Botschaft vom 20. 10. 1934 eindeutig festgestellt.

Die Schaffung einer absoluten reichsbischöflichen Zentralgewalt mit unbegrenzter Vollmacht für Gesetzgebung und Leitung der Kirche ist gegen die Heilige Schrift und das Bekenntnis der Reformation. Kein evangelisches Kirchenregiment kann selbstherrlich die Behörden der Kirche und erst recht nicht die Synode auflösen, neubilden und nach Willkür zusammensetzen. Kein evangelisches Kirchenregiment kann die Verfassung verändern oder gar außer Kraft setzen.

3. Wo solches geschieht, ist das Bekenntnis der Reformation beseitigt und an seine Stelle die Selbstherrlichkeit des menschlichen Machtwillens getreten. Dies bedeutet in der Evangelischen Kirche die Wiederaufrichtung eines Papsttums, dessen irdische Vollmachten die des römischen Papsttums weit übertreffen. Das ist in der Deutschen Evangelischen Kirche durch das deutsch-christliche Regiment geschehen. Weil dieses Kirchenregiment die Bekenntnisgrundlage der Evangelischen Kirche zerstört hat, so wird es damit kraft seiner Bekenntniswidrigkeit unrechtmäßig, denn es hat seine Rechtmäßigkeit nur vom Bekenntnis der Kirche her.

Darum mußte diesem Kirchenregiment von den an Schrift und Bekenntnis gebundenen Gemeinden und Trägern des geistlichen Amtes der Gehorsam versagt werden. Das reformatorische Bekenntnis fordert den Ungehorsam gegen ein Kirchenregiment, das bekennniswidrig ist oder wider Gottes Wort regiert (Augsburgische Konfession, Art. 28, Apologie, Art. 28, Schmalkaldische Artikel: Traktat über Papsttum und Bischofsgewalt).

IV. Der Beschluß des Presbyteriums ist auf Grund seiner Verpflichtung aus § 12 der Kirchenordnung gefaßt worden.

Da das Presbyterium nach der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung die geistliche Leitung der Gemeinde inne hat, so folgt daraus seine Verantwortung für die Wahrung des Bekenntnisstandes und des bekennnisgebundenen Rechtes der evangelischen Gemeinden gegenüber einem Kirchenregiment, das nach der Ueberzeugung des Presbyteriums wider Gottes Wort regiert, die Bekenntnisgrundlage der Kirche zerstört, die Verfassung der Kirche verläßt, das Recht der Kirche in Unrecht und das eigene Unrecht in Recht verwandelt hat.

Die Mitglieder des Presbyteriums sind durch ihr Amtsgeübde verpflichtet, aus dieser Bindung an Schrift und Bekenntnis und aus ihrer Verantwortung für die Wahrung der Kirchenordnung einem bekennnis- und rechtswidrigen Kirchenregiment den Gehorsam zu versagen.

Die Mehrheit des Presbyteriums der Evangelischen Gemeinde Düsseldorf hat sich zu dieser Ueberzeugung durchgerungen und mußte daraus die in dem Beschluß liegende Folgerung ziehen.

**Der Bruderrat
der Eogl. Bekenntnissynode
im Rheinland.**

Weitere Exemplare
für Presbyter und Gemeindebeordnete sind bei der Geschäftsstelle der Synode anzufordern.

Druck: Montanus u. Ehrenstein, Wuppertal-Barmen-Wickl.